



DE

EUROPÄISCHE SICHERHEITSSTRATEGIE

EIN SICHERES EUROPA
IN EINER BESSEREN WELT



EUROPÄISCHE SICHERHEITSSTRATEGIE

EIN SICHERES EUROPA IN EINER BESSEREN WELT

RAT DER EUROPÄISCHEN UNION



Hinweis

Die vorliegende Broschüre wurde vom Generalsekretariat des Rates erstellt. Ihr Inhalt bindet weder die Organe der Europäischen Union noch die Mitgliedstaaten.

Weitergehende Informationen erhalten Sie bei der Generaldirektion F, Referat Kommunikation, Dienststelle „Informationen für die Öffentlichkeit“, unter folgender Anschrift:

Generalsekretariat des Rates
Rue de la Loi 175
B-1048 Brüssel

Fax +32 22814977
Internet www.consilium.europa.eu/infopublic

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (www.europa.eu).

Bibliografische Daten befinden sich am Ende der Veröffentlichung.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2009

ISBN 978-92-824-2418-6

doi: 10.2860/13005

© Europäische Gemeinschaften, 2009

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet

Printed in Belgium

GEDRUCKT AUF CHLORFREI GEBLEICHTEM PAPIER

Vorwort

Die Europäische Sicherheitsstrategie, die im Dezember 2003 angenommen wurde, ist zu einem Meilenstein in der Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU geworden.

Die EU hat sich damit erstmals auf eine gemeinsame Bedrohungsanalyse geeinigt und klare Ziele für die Förderung ihrer Sicherheitsinteressen auf der Grundlage ihrer zentralen Werte festgelegt. Nichts bringt unser Bestreben besser zum Ausdruck als der Titel der Strategie: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ ist das oberste Ziel unseres Handelns.

Einem Auftrag der Staats- und Regierungschefs entsprechend habe ich dem Europäischen Rat fünf Jahre später, im Dezember 2008, einen Bericht über die Umsetzung der Strategie vorgelegt. Dieser Bericht mit dem Titel „Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel“ ist unter Mitwirkung der Europäischen Kommission ausgearbeitet worden und untersucht, wie sich die Strategie in der Praxis bewährt hat und was getan werden sollte, um ihre Umsetzung zu verbessern. Die Staats- und Regierungschefs haben die Analyse des Berichts gebilligt.

Wie Sie selber feststellen können, ist in kurzer Zeit sehr viel erreicht worden. Dennoch dürfen wir uns nicht der Selbstzufriedenheit hingeben. In einer Welt des schnellen Wandels haben wir es auch weiterhin mit vielen komplexen Herausforderungen zu tun.

Ich bin aber gewiss, dass Europa sich auch diesen Herausforderungen wie in der Vergangenheit gewachsen zeigen wird.



Javier Solana

*Generalsekretär des Rates der EU/Hoher Vertreter für die
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*

Bildnachweise

<i>Seite 3</i>	<i>Rat der EU — © Europäische Gemeinschaften</i>
<i>Seite 10</i>	<i>Rat der EU — © Europäische Gemeinschaften</i>
<i>Seite 15</i>	<i>© EC/ECHO/Adriaan Sullivan</i>
<i>Seite 17</i>	<i>EULEX Kosovo</i>
<i>Seite 25</i>	<i>© Europäische Gemeinschaften</i>
<i>Seite 28</i>	<i>EUMM Georgia</i>
<i>Seite 38</i>	<i>Rat der EU — © Europäische Gemeinschaften</i>
<i>Seite 43</i>	<i>© Europäische Gemeinschaften</i>

Vorwort	3
BERICHT ÜBER DIE UMSETZUNG DER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSSTRATEGIE — Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel	7
EIN SICHERES EUROPA IN EINER BESSEREN WELT — Europäische Sicherheitsstrategie	27



BERICHT ÜBER DIE UMSETZUNG DER EUROPÄISCHEN SICHERHEITSSTRATEGIE

Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel

Zusammenfassung

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie trägt die Europäische Union mehr Verantwortung denn je zuvor in ihrer Geschichte.

Die EU bleibt ein Anker der Stabilität. Aufgrund der Erweiterung haben sich Demokratie und Wohlstand in Europa ausgebreitet. In der Balkanregion wenden sich die Dinge zum Guten. Unsere Nachbarschaftspolitik hat einen stabilen Rahmen für die Beziehungen mit den im Süden und im Osten gelegenen Partnern geschaffen; mit der Union für den Mittelmeerraum und der Östlichen Partnerschaft ist nun eine neue Dimension hinzugekommen. Seit 2003 nimmt die EU eine immer wichtigere Rolle in der Krisen- und Konfliktbewältigung ein, wie etwa in Afghanistan oder in Georgien.

Trotzdem ist Europa 20 Jahre nach dem Kalten Krieg mit zunehmend komplexen Bedrohungen und Herausforderungen konfrontiert.

Im Nahen Osten und anderswo auf der Welt bestehen weiterhin ungelöste Konflikte, neue Konflikte brechen aus, selbst in unserer Nachbarschaft. Das Scheitern von Staaten beeinträchtigt unsere Sicherheit durch Kriminalität, illegale Einwanderung und seit kurzem auch durch Seeräuberei. Die Entwicklung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität hat neue Bedrohungen hervorgebracht — auch innerhalb unserer eigenen Gesellschaften. Das iranische Nuklearprogramm, das wesentlich vorangeschritten ist, stellt eine Gefahr für die Stabilität in der Region und für das gesamte Nichtverbreitungssystem dar.

Die Globalisierung hat neue Möglichkeiten eröffnet. Hohe Wachstumsraten in den sich entwickelnden Ländern, ganz besonders in China, haben Millionen von Menschen aus der Armut geführt. Die Globalisierung hat jedoch auch komplexere und miteinander verknüpfte Bedrohungen entstehen lassen. Die Lebensadern unserer Gesellschaft, wie

etwa Informations- oder Energieversorgungssysteme, sind anfälliger geworden. Die globale Erwärmung und die Schädigung der Umwelt verändern das Gesicht unseres Planeten. Darüber hinaus beschleunigt die Globalisierung Machtverschiebungen und rückt Wertunterschiede ins Blickfeld. Die jüngsten Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben die Volkswirtschaften der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer gleichermaßen erschüttert.

Europa wird sich auch diesen neuen Herausforderungen wie in der Vergangenheit gewachsen zeigen.

Mit Hilfe eines einzigartigen Instrumentariums trägt die EU bereits jetzt zu mehr Sicherheit in der Welt bei. Wir haben uns dafür eingesetzt, Sicherheit für die Menschen zu schaffen, indem Armut und Ungleichheit verringert, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte gefördert, die Entwicklung unterstützt und die Ursachen für Konflikte und Unsicherheit angegangen werden. Die EU ist weiterhin der größte Geber für bedürftige Länder. Dauerhafte Stabilität erfordert ein langfristiges Engagement.

Während der letzten zehn Jahre konnten im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einem integralen Bestandteil unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Erfahrungen und Fähigkeiten hinzugewonnen werden, wobei über 20 Missionen entsandt wurden, um auf Krisen zu reagieren (von der Friedenskonsolidierung in Aceh nach der Tsunamikatastrophe bis hin zum Schutz von Flüchtlingen in Tschad).

Diese Leistungen sind das Ergebnis eines eigenen europäischen Konzepts für die Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch gibt es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Um unsere Sicherheit zu gewährleisten und die Erwartungen unserer Bürger zu erfüllen, müssen wir bereit sein, das Geschehen zu gestalten. Dies bedeutet, dass wir mehr strategisch denken, effizienter handeln und unser Tätigwerden weltweit stärker in das Blickfeld rücken müssen. Am erfolgreichsten sind wir, wenn wir rechtzeitig und kohärent handeln, dabei auf die geeigneten Fähigkeiten zurückgreifen können und von der Öffentlichkeit nachhaltig unterstützt werden.

Dauerhafte Konfliktlösungen müssen alle regionalen Akteure, die ein gemeinsames Interesse an Frieden haben, einbinden. Souveräne Regierungen müssen Verantwortung für die Folgen ihres Handelns übernehmen und gemeinsam Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen.

Wichtig ist, dass die Länder die Grundprinzipien der Charta der Vereinten Nationen und die Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE einhalten. Wir müssen unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass die Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit von Staaten und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten nicht verhandelbar sind. Territorialfragen dürfen nirgendwo mit Bedrohung oder dem Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden.

Auf globaler Ebene muss Europa eine führende Rolle bei einer Erneuerung der multilateralen Ordnung spielen. Die Vereinten Nationen stehen an der Spitze des internationalen Systems. Alles, was die EU im Bereich der Sicherheit unternommen hat, war mit den Zielen der Vereinten Nationen verknüpft. Uns bietet sich die einzigartige Gelegenheit, den Multilateralismus in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und unseren Partnern in allen Teilen der Welt zu erneuern. Für Europa bleibt die transatlantische Partnerschaft ein unersetzliches Fundament, das auf gemeinsamer Geschichte und Verantwortung beruht. EU und NATO müssen ihre strategische Partnerschaft vertiefen, um die Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung zu verbessern.

Die EU hat in den letzten fünf Jahren wesentliche Fortschritte erzielt. Wir werden als ein Akteur anerkannt, der einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Welt leistet. Dennoch ist die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie trotz allem bisher Erreichten noch nicht abgeschlossen. Um unser Potenzial voll auszuschöpfen, müssen wir noch *kohärenter und aktiver* agieren und unsere Fähigkeiten noch mehr verstärken.

Einleitung

Der Europäische Rat hat im Dezember 2003 die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) angenommen. Mit der ESS wurden erstmals Grundsätze und klare Ziele für die Förderung der Sicherheitsinteressen der EU auf der Grundlage unserer zentralen Werte aufgestellt. Die ESS fußt auf einem umfassenden Ansatz und ist weiterhin in jeder Hinsicht relevant.

Dieser Bericht soll die ESS nicht ersetzen, sondern vielmehr verstärken. Er bietet Gelegenheit zu prüfen, was wir in der Praxis geleistet haben und wie wir die Umsetzung verbessern können.

Der Hohe Vertreter der EU Javier Solana, der Präsident Somalias Sharif Sheikh Ahmed und der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-Moon während der Somalia-Konferenz, die im April 2009 gemeinsam von den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Afrikanischen Union in Brüssel veranstaltet wurde



I. Globale Herausforderungen und Hauptbedrohungen

Im Rahmen der ESS wurden verschiedene Bedrohungen und Herausforderungen für unsere Sicherheitsinteressen aufgezeigt. Fünf Jahre danach sind diese Bedrohungen und Herausforderungen immer noch vorhanden; während einige an Bedeutung zugenommen haben, gilt für alle, dass sie komplexer geworden sind.

Verbreitung von Massenvernichtungswaffen

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowohl durch Staaten als auch durch Terroristen wurde in der ESS als „die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit“ bezeichnet. Diese Bedrohung hat in den letzten fünf Jahren zugenommen, wodurch der multilaterale Rahmen unter Druck geraten ist. Während Libyen sein MVW-Programm eingestellt hat, müssen Iran und auch Nordkorea noch das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft gewinnen. Eine voraussichtliche Neubelebung der zivilen Kernenergie in den kommenden Jahrzehnten bringt auch Herausforderungen für das Nichtverbreitungssystem mit sich, wenn nicht die richtigen flankierenden Sicherungsmaßnahmen getroffen werden.

Die EU ist in multilateralen Gremien sehr aktiv gewesen, wobei sie sich auf die 2003 verabschiedete MVW-Strategie stützte, und hat auch bei den internationalen Bemühungen hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms eine führende Rolle gespielt. Der Schwerpunkt der Strategie liegt auf der Prävention, die im Rahmen der VN-Übereinkünfte und anderer multilateraler Übereinkünfte, durch ein Auftreten als wichtiger Geber und durch Zusammenarbeit mit Drittländern und regionalen Organisationen zur Verbesserung von deren Fähigkeiten, die MVW-Verbreitung zu verhindern, geleistet werden soll.

Wir sollten dieses Konzept mit politischen und finanziellen Maßnahmen weiterverfolgen. Ein Erfolg der Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags im Jahr 2010 ist von entscheidender Bedeutung, vor allem hinsichtlich der Stärkung des Nichtverbreitungssystems. Wir wollen dafür sorgen, dass auf dieser Konferenz ausgewogen, wirksam

und konkret geprüft wird, welche Möglichkeiten bestehen, um die internationalen Maßnahmen gegen die MVW-Verbreitung zu intensivieren, die Abrüstung fortzusetzen und eine verantwortungsbewusste Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch die Staaten, die dies wünschen, zu gewährleisten.

Weitere Arbeit muss zudem bei speziellen Fragen geleistet werden, die Folgendes betreffen: Unterstützung der EU für einen multilateralen Ansatz in Bezug auf den Kernbrennstoffkreislauf; Bekämpfung der Finanzierung von Proliferationsaktivitäten; Maßnahmen zur biologischen Sicherheit; Eindämmung der Proliferation von Trägersystemen, insbesondere von ballistischen Raketen. Es sollten Verhandlungen über einen multilateralen Vertrag über das Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen eingeleitet werden.

Terrorismus und organisierte Kriminalität

Der Terrorismus stellt innerhalb Europas und weltweit weiterhin eine große Bedrohung für unsere Existenzgrundlagen dar. In Madrid und London wurden Anschläge verübt, während andere vereitelt werden konnten; gleichzeitig spielen Terrorgruppen, die ihren Ursprung im jeweiligen Land selbst haben, auf unserem Kontinent eine immer größere Rolle. Die organisierte Kriminalität bedroht weiterhin unsere Gesellschaften durch den Handel mit Drogen, Menschen und Waffen, der mit internationalen Betrügereien und Geldwäscheaktivitäten einhergeht.

Seit 2003 hat die EU sowohl mit zusätzlichen Maßnahmen innerhalb der Union (im Rahmen des Haager Programms von 2004) als auch mit einer neuen Strategie für die externe Dimension im Bereich Justiz und Inneres, die 2005 angenommen wurde, Fortschritte bei der Bekämpfung beider Phänomene erzielt. Durch diese Maßnahmen sind grenzüberschreitende Ermittlungen und die Koordinierung der Strafverfolgung erleichtert worden. Die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die ebenfalls 2005 angenommen wurde, beruht auf der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Sie umfasst vier Aktionsschwerpunkte: Prävention von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus sowie der dafür maßgeblichen Ursachen, Schutz potenzieller Ziele, Verfolgung von Terroristen sowie Reaktion auf einen Anschlag. Zwar stehen die einzelstaatlichen Maßnahmen im Mittelpunkt, doch wurde mit der Ernennung eines Koordinators für die Terrorismusbekämpfung ein wichtiger Fortschritt auf europäischer Ebene erzielt.

Innerhalb der EU haben wir viel getan, um unsere Gesellschaften vor dem Terrorismus zu schützen. Wir sollten die Koordinierungsvereinba-

rungen im Falle größerer Terroranschläge, vor allem bei Anschlägen mit chemischen, radiologischen, nuklearen und biologischen Stoffen, auf der Grundlage bestehender Vorkehrungen (d. h. Krisenkoordinationsregelungen und Katastrophenschutzverfahren) verstärken. Bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung muss weitere Arbeit geleistet werden, parallel zu einer wirksamen und umfassenden EU-Politik im Bereich des Informationsaustauschs unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes personenbezogener Daten.

Bei der Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung müssen wir ebenfalls mehr tun, indem wir gegen extremistische Ideologien und Diskriminierungen vorgehen. Dem interkulturellen Dialog im Rahmen von Gremien wie der Allianz der Zivilisationen fällt eine wichtige Rolle zu.

Hinsichtlich der organisierten Kriminalität sollten die bestehenden Partnerschaften im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und mit anderen wichtigen Partnern sowie im Rahmen der Vereinten Nationen vertieft werden, indem Fragen wie die Wanderbewegungen und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit erörtert werden. Die Umsetzung der bestehenden VN-Instrumente im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ist von entscheidender Bedeutung. Wir sollten unsere Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten bei der Terrorismusbekämpfung verstärken, was auch für den Austausch und Schutz von Daten gilt. Ferner sollten wir die Fähigkeiten unserer Partner in Südasien und Afrika sowie unserer südlichen Nachbarländer stärken. Die EU sollte Anstrengungen auf multilateraler Ebene, vor allem im Rahmen der Vereinten Nationen, unterstützen.

Wir müssen interne und externe Dimensionen besser miteinander verknüpfen. Bei verschiedenen Stellen auf nationaler und europäischer Ebene muss für Verbesserungen in Bezug auf Koordinierung, Transparenz und Flexibilität gesorgt werden. Darauf wurde bereits vor fünf Jahren in der ESS hingewiesen. Die bisherigen Fortschritte waren schleppend und reichen nicht aus.

Sicherheit im Internet

Moderne Volkswirtschaften sind stark abhängig von kritischen Infrastrukturen wie Verkehr, Kommunikation und Energieversorgung, aber auch vom Internet. Die 2006 verabschiedete Strategie der EU für eine sichere Informationsgesellschaft stellt auf die Internetkriminalität ab. Durch Angriffe auf private oder staatliche IT-Systeme in den EU-Mitgliedstaaten hat diese Form der Kriminalität jedoch eine neue Dimension als potenzielle neue wirtschaftliche, politische und militärische Waffe erhalten.

In diesem Bereich muss weitere Arbeit geleistet werden, um die Möglichkeiten für ein umfassendes Konzept der EU auszuloten, Bewusstsein zu wecken und die internationale Zusammenarbeit zu verbessern.

Sicherheit der Energieversorgung

Die Sorgen über eine Energieabhängigkeit sind in den vergangenen fünf Jahren gewachsen. Aufgrund des Produktionsrückgangs innerhalb Europas werden wir im Jahr 2030 bis zu 75% unseres Erdöl- und Erdgasbedarfs importieren müssen. Die Energielieferungen werden aus einer begrenzten Anzahl von Ländern kommen, deren Stabilität — in vielen Fällen — keinesfalls gesichert ist. Uns stellen sich daher eine Vielzahl von Sicherheitsherausforderungen, die ein verantwortungsvolles und solidarisches Vorgehen aller Mitgliedstaaten erfordern.

Unsere Antwort muss eine EU-Energiepolitik sein, die interne und externe Aspekte miteinander verbindet. Der gemeinsame Bericht des Hohen Vertreters und der Kommission vom Juni 2006 legt die wesentlichen Komponenten dieses Ansatzes dar. Innerhalb Europas bedarf es eines einheitlicheren Energiemarkts mit einem größeren Energieverbundnetz, besonderer Beachtung der vom Energiemarkt am stärksten abgeschnittenen Länder sowie Krisenreaktionsmechanismen für den Fall einer vorübergehenden Versorgungsunterbrechung.

Eine stärkere Diversifizierung der Brennstoffe, Versorgungsquellen und Transitrouten ist ebenso unerlässlich wie eine gute Verwaltungspraxis, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Investitionen in Länder mit Energiequellen. Durch ihr Engagement in Zentralasien, im Kaukasus und in Afrika sowie im Wege der Östlichen Partnerschaft und der Union für den Mittelmeerraum arbeitet die EU auf diese Ziele hin. Die Energiefrage ist ein wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Frage der Transitrouten, einschließlich durch die Türkei und die Ukraine, muss im Rahmen unserer Politik angegangen werden. Wir sollten mit unseren Partnern, einschließlich China, Indien, Japan und den USA, erneuerbare Energien, Energietechnologien mit niedrigem CO₂-Ausstoß und Energieeffizienz fördern und uns mit ihnen für transparente und gut regulierte Weltmärkte einsetzen.

Klimawandel

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit wurden bereits 2003 in der Europäischen Sicherheitsstrategie herausgestellt. Fünf Jahre später hat sich die Dringlichkeit verschärft. Im März 2008 haben der Hohe Vertreter und die Kommission dem Europäischen Rat einen Bericht vorgelegt, in dem der Klimawandel als „Bedrohungsmultipli-

kator“ bezeichnet wird. Naturkatastrophen, Umweltschäden und der Wettlauf um Ressourcen verschärfen Konflikte, insbesondere da, wo Armut und Bevölkerungswachstum hinzukommen, mit entsprechenden humanitären, gesundheitlichen, politischen und sicherheitspolitischen Folgen, einschließlich einer stärkeren Migration. Der Klimawandel kann auch Streitigkeiten über Handelsrouten, Meeresgebiete und vormals unerreichbare Ressourcen auslösen.

Wir haben unsere Konfliktpräventions- und Krisenbewältigungsfähigkeiten ausgebaut, müssen jedoch unsere Analyse- und Frühwarnfähigkeiten noch verbessern. Dies kann die EU nicht alleine verwirklichen. Wir müssen durch intensivere Arbeit mit den am stärksten gefährdeten Ländern erreichen, dass sie schwierigen Situationen besser gewachsen sind. Die internationale Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen wird von entscheidender Bedeutung sein.



Verteilung von Nahrungsmitteln der EU und des VN-Welternährungsprogramms in Simbabwe

II. Schaffung von Stabilität innerhalb und außerhalb von Europa

Auf dem europäischen Kontinent ist die Erweiterung auch weiterhin ein starker Motor für Stabilität, Frieden und Reformen.

Seit Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei im Jahr 2005 wurde eine Reihe von Verhandlungskapiteln eröffnet. In den westlichen Balkanstaaten gab es stetige, wenn auch langsame Fortschritte. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien kommen gut voran. Der ehemaligen jugoslawische Republik Mazedonien wurde der Status eines Bewerberlandes verliehen. Mit den anderen westlichen Balkanstaaten wurden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Serbien steht kurz davor, alle Bedingungen für eine Vertiefung der Beziehungen zur EU zu erfüllen. Die EU zählt nach wie vor zu den führenden Akteuren in Bosnien und Herzegowina; trotz der verzeichneten Fortschritte ist aber ein stärkerer Einsatz der örtlichen politischen Führer gefragt, damit festgefahrene Reformen wieder in Gang kommen.

Wir sind derzeit mit der Entsendung von EULEX Kosovo befasst, unserer bislang größten zivilen ESVP-Mission, und wir werden weiterhin substanzielle wirtschaftliche Unterstützung leisten. In der gesamten Region sind Zusammenarbeit und gutnachbarschaftliche Beziehungen unerlässlich.

Es liegt im Interesse Europas, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. Die 2004 auf den Weg gebrachte Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) unterstützt diesen Prozess. Im Osten haben sich alle in Frage kommenden Länder der ENP angeschlossen, mit Ausnahme von Belarus, mit dem neuerdings Schritte in diese Richtung unternommen werden.

Mit der Ukraine wurde die Partnerschaft noch weiter ausgebaut: Ein weit reichendes Assoziierungsabkommen steht kurz vor dem Abschluss. In Kürze werden wir Verhandlungen mit der Republik Moldau über ein ähnliches Abkommen aufnehmen. Zur Ergänzung der bilateralen

EU-Politik in dieser für Europa so wichtigen Region wurde die Schwarzmeersynergie in die Wege geleitet.

Neue Sorgen bereiten die sogenannten „eingefrorenen Konflikte“ in unserer östlichen Nachbarregion. Die Situation in Georgien — in Bezug auf Abchasien und Südossetien — ist im August 2008 zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Russland und Georgien eskaliert. Bei der internationalen Reaktion auf diesen Konflikt nahm die EU — durch Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, Leistung humanitärer Hilfe, Entsendung einer zivilen Beobachtermission sowie erhebliche finanzielle Unterstützung — die führende Rolle ein. Wir werden unser Engagement fortsetzen, auch im Rahmen der führenden Rolle der EU in den Genfer Verhandlungen. Die Aussicht auf eine Lösung des Transnistrien-Konflikts ist durch die aktive Beteiligung der EU an den Verhandlungen im „5 + 2“-Format sowie die EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes näher gerückt.

In dem für uns sehr wichtigen Mittelmeerraum, der Europa große Chancen bietet, stellen sich auch weiterhin komplexe Herausforderungen, beispielsweise aufgrund der unzureichenden politischen Reformen und der illegalen Migration. Die EU und mehrere Mittelmeer-Partner, insbesondere Israel und Marokko, arbeiten an einer Vertiefung der



Die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU im Kosovo (EULEX) ist die bislang größte Zivilmission im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

bilateralen Beziehungen. Die ENP hat zwar den Reformen, die 1995 im Rahmen des Barcelona-Prozesses auf den Weg gebracht worden waren, neuen Auftrieb verliehen, doch sorgen regionale Konflikte in Verbindung mit einer zunehmenden Radikalisierung auch weiterhin für Instabilität.

Die EU war durch ihre Rolle im Nahost-Quartett und ihre Zusammenarbeit mit Israel, der Palästinensischen Behörde, der Arabischen Liga und anderen regionalen Partnern die treibende Kraft hinter den Anstrengungen für eine Lösung des Nahost-Konflikts. Die EU setzt sich umfassend für den Annapolis-Prozess im Hinblick auf eine Zweistaatenlösung ein, leistet anhaltende Finanz- und Haushaltshilfe für die Palästinensische Behörde und baut Kapazitäten auf, unter anderem durch den Vor-Ort-Einsatz von Experten aus den Bereichen Justiz, Polizei und Grenzschutz. Im Libanon stellen die Mitgliedstaaten die Hauptkomponente der Unifil-Friedensmission. Hinsichtlich Irak hat sich die EU unter anderem durch die Mission Eujust LEX für den politischen Prozess, für Wiederaufbau und für Rechtsstaatlichkeit eingesetzt.

Seit 2003 gibt Iran zunehmend Anlass zu Besorgnis. Das iranische Nuklearprogramm war Gegenstand mehrerer Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der IAEO. Die Entwicklung einer militärischen Fähigkeit im Nuklearbereich wäre eine Gefahr für die Sicherheit der EU, die nicht hingenommen werden kann. Die EU hat gemeinsam mit den USA, China und Russland einen zweigleisigen Ansatz verfolgt, der Dialog und zunehmenden Druck miteinander verbindet. Der Hohe Vertreter hat ein weit reichendes Angebot für Iran vorgelegt, um das Vertrauen wiederherzustellen und den Dialog mit der internationalen Gemeinschaft wieder aufzunehmen. Sollte hingegen das Nuklearprogramm weiter vorangetrieben werden, müssen dringend zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung des VN-Prozesses eingeleitet werden. Gleichzeitig müssen wir mit den Ländern in der Region, einschließlich der Golfstaaten, darauf hinarbeiten, die regionale Sicherheit zu entwickeln.

In der ESS wird anerkannt, dass die Sicherheitsinteressen Europas über seine unmittelbaren Nachbarländer hinausreichen. In diesem Zusammenhang ist Afghanistan von besonderem Belang. Europa hat eine langfristige Verpflichtung, für Stabilität zu sorgen. Die Mitgliedstaaten der EU leisten einen bedeutenden Beitrag zu der NATO-Mission, und die EU setzt sich für eine verantwortungsvolle Staatsführung und für die Entwicklung auf allen Ebenen ein. Die Polizeimission der EU wird

verlängert. Diese Anstrengungen werden jedoch nur erfolgreich sein, wenn Afghanistan volle Eigenverantwortung übernimmt und Unterstützung von den Nachbarländern, insbesondere Pakistan, aber auch Indien, Zentralasien und Iran, erhält. Tatsächlich bildeten bessere Aussichten auf gute Beziehungen zwischen Indien und Pakistan in den letzten Jahren ein positives Element in der strategischen Bilanz.

Nexus „Entwicklung — Sicherheit“

Wie in der ESS und im Konsens zur Entwicklung (2005) anerkannt wird, ist eine nachhaltige Entwicklung ohne Frieden und Sicherheit nicht möglich und wird es ohne Entwicklung und Beseitigung der Armut keinen dauerhaften Frieden geben. Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere Pandemien, behindern nach wie vor die Entwicklung. Die Menschenrechte sind ein grundlegender Bestandteil dieser Gleichung. In vielen Konfliktgebieten oder Gebieten in Postkonfliktsituationen begegnen wir der erschreckenden Anwendung von sexueller Gewalt als Waffe der Einschüchterung und des Terrors. Die effektive Umsetzung der Resolution 1820 des VN-Sicherheitsrates zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten ist von größter Wichtigkeit.

Konflikte sind oft mit staatlicher Fragilität verbunden. Länder wie Somalia sind in einem Teufelskreis von schwachen Regierungsstrukturen und immer wieder aufflammenden Konflikten gefangen. Wir haben uns bemüht, mit Entwicklungshilfe und Maßnahmen für mehr Sicherheit diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Dabei bilden die Reform des Sicherheitssektors sowie Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration Kernelemente der Stabilisierung und des Wiederaufbaus nach einem Konflikt und stehen im Mittelpunkt unserer Missionen in Guinea-Bissau oder in der Demokratischen Republik Kongo. Die größten Erfolge werden erzielt, wenn in Partnerschaft mit der internationalen Gemeinschaft und lokalen Akteuren gehandelt wird.

Oft ist die eigentliche Konfliktursache in der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturschätze zu suchen. Wasser und Rohstoffe rufen in zunehmendem Maße Spannungen hervor, die multilaterale Lösungen erfordern. Der Kimberley-Prozess und die Initiative für die Transparenz in der Rohstoffwirtschaft bieten ein innovatives Modell für die Bewältigung dieses Problems.

Seeräuberei

In der ESS wird die Seeräuberei als neue Dimension der organisierten Kriminalität hervorgehoben. Auch sie ist ein Ergebnis des Scheiterns staatlicher Strukturen. Die Weltwirtschaft realisiert 90 % ihres Handels über die Seewege und ist damit von diesen abhängig. Die Seeräuberei im Indischen Ozean und im Golf von Aden ist den letzten Monaten zu einem immer dringenderen Problem geworden und hat die Lieferung von humanitärer Hilfe nach Somalia beeinträchtigt. Die EU hat reagiert, u. a. mit Atalanta, unserer ersten Marinemission im Rahmen der ESVP, um gemeinsam mit betroffenen Ländern und anderen internationalen Akteuren, einschließlich der NATO, gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias vorzugehen.

Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Streumunition und Landminen

Der Europäische Rat hat 2005 die Strategie der EU zur Bekämpfung der Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition sowie des unerlaubten Handels damit angenommen. Im Zusammenhang mit ihrer Umsetzung unterstützt die EU das Aktionsprogramm der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet. Die EU wird weiterhin Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahren infolge von unerlaubten SALW ergreifen.

Die EU hat sich nachdrücklich für das Konzept eines internationalen Vertrags über den Waffenhandel eingesetzt und beschlossen, den zu seiner Annahme führenden Prozess zu unterstützen. Die EU ist auch ein bedeutender Geber für Antiminenaktionen. Sie hat das Übereinkommen von Ottawa über das Verbot von Anti-Personenminen aktiv unterstützt und weltweit gefördert. Das Übereinkommen von Oslo über Streumunition, das im Mai 2008 in Dublin vereinbart wurde, ist ein wichtiger Schritt nach vorn bei der Bewältigung der durch diese Art von Munition verursachten humanitären Probleme, die allen EU-Mitgliedstaaten Anlass zu großer Besorgnis geben. Die Annahme eines Protokolls über diese Art von Munition im VN-Rahmen, das alle wichtigen Militärmächte einbindet, wäre ein weiterer wichtiger Schritt.

III. Europa in einer sich wandelnden Welt

Um auf das sich wandelnde Sicherheitsumfeld reagieren zu können, müssen wir effektiver sein — unter uns, in unserer Nachbarschaft und in der ganzen Welt.

A. Ein wirksameres und leistungsfähigeres Europa

Unsere Fähigkeit, Herausforderungen zu bewältigen, hat sich in den vergangenen fünf Jahren verbessert, und wir müssen diese Entwicklung fortsetzen. Wir müssen unseren eigenen Zusammenhalt durch eine bessere institutionelle Koordinierung und eine strategischere Beschlussfassung stärken. Die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon bieten den Rahmen hierfür.

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen muss die frühzeitige Prävention stehen, damit Bedrohungen nicht zu Konfliktquellen werden. Dabei sind die Friedenskonsolidierung und die langfristige Bekämpfung der Armut von zentraler Bedeutung. Jede Situation erfordert den kohärenten Einsatz unserer Instrumente, einschließlich politischer, diplomatischer, entwicklungspolitischer und humanitärer Instrumente, sowie der Instrumente der Krisenreaktion, der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit und der zivilen und militärischen Krisenbewältigung. Wir sollten auch den Dialog und unsere Vermittlungsfähigkeiten ausbauen. Die EU-Sonderbeauftragten ermöglichen der EU, Einfluss in verschiedenen Konfliktregionen auszuüben. Der Zivilgesellschaft und den NRO kommt eine entscheidende Rolle als Akteur und Partner zu. Unsere Wahlbeobachtungsmissionen, die von Mitgliedern des Europäischen Parlaments geleitet werden, leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag.

Der Erfolg der ESVP als integraler Bestandteil unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik äußert sich in der Tatsache, dass unsere Hilfe immer gefragter wird. Unsere Mission in Georgien hat verdeutlicht, was erreicht werden kann, wenn wir gemeinsam mit dem nötigen politischen Willen handeln. Aber je komplizierter die sich uns stellenden

Herausforderungen sind, umso flexibler müssen wir sein. Wir müssen in unserem Engagement Prioritäten setzen, die den Ressourcen entsprechen. Gefechtsverbände und zivile Krisenreaktionsteams haben unsere Krisenreaktionsfähigkeit verbessert.

Geeignete und wirksame Befehlsstrukturen und Hauptquartiere sind von entscheidender Bedeutung. Unsere Fähigkeit, zivile und militärische Expertise von der Konzipierung und Planung einer Mission bis hin zu ihrer Einrichtung miteinander zu kombinieren, muss gestärkt werden. Wir entwickeln diesen Aspekt der ESVP, indem wir geeignete Verwaltungsstrukturen, Finanzmechanismen und Systeme schaffen. Es gibt auch noch Spielraum, um die Ausbildung, gestützt auf das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg und das Austauschprogramm für junge europäische Offiziere nach dem Erasmus-Modell, zu verbessern.

Wir müssen die Menschenrechtsfragen weiter durchgängig bei allen Aktivitäten in diesem Bereich, einschließlich ESVP-Missionen, berücksichtigen, indem wir einen Ansatz verfolgen, der auf die Menschen ausgerichtet ist und im Einklang mit dem Konzept der humanitären Sicherheit steht. Die EU erkennt die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung an. In diesem Zusammenhang ist es wesentlich, die Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates betreffend Frauen und Frieden und Sicherheit und die Resolution 1612 des VN-Sicherheitsrates betreffend Kinder und bewaffnete Konflikte effektiv umzusetzen.

Im Hinblick auf zivile Missionen müssen wir in der Lage sein, geschultes Personal mit vielfältigen Kompetenzen und Sachkenntnissen zusammenzuführen, es in kurzer Zeit zu verlegen und über lange Zeit im Einsatz zu halten. Wir benötigen volle Interoperabilität zwischen den nationalen Kontingenten. Dementsprechend haben die Mitgliedstaaten zugesagt, nationale Strategien zu erarbeiten, um Experten sowie mehr einsatzfähiges Personal für die Missionsunterstützung zur Verfügung stellen zu können, wobei dies auch die entsprechende Haushaltsplanung und Beschaffung einschließt. Die Bereitstellung und Beschaffung von Ausrüstung sollte effizienter gestaltet werden, um eine fristgemäße Entsendung der Missionen zu ermöglichen.

In Bezug auf die militärischen Missionen müssen wir unsere Anstrengungen hinsichtlich der Fähigkeiten sowie die gegenseitige Zusammenarbeit und Vereinbarungen über die Lastenteilung weiter ausbauen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass besonders bei Schlüsselfähigkeiten wie strategischer Lufttransport, Hubschrauber, weltraumgestützte Mittel und Seeüberwachung weitere Anstrengungen erforderlich sind (wie in der Erklärung über die Verstärkung der Fähigkeiten ausführlicher

dargelegt wird). Diese Anstrengungen müssen durch eine europaweite wettbewerbsfähige und robuste Verteidigungsindustrie und eine stärkere Investition in Forschung und Entwicklung unterstützt werden. Die Europäische Verteidigungsagentur hat diesen Prozess seit 2004 erfolgreich gelenkt, und sie sollte dies auch weiterhin tun.

B. Ein größeres Engagement gegenüber unseren Nachbarn

Durch die ENP wurden die bilateralen Beziehungen einzelner Länder zur EU gestärkt. Im Rahmen dieses Prozesses muss nun die regionale Integration entwickelt werden.

Die im Juli 2008 ins Leben gerufene Union für den Mittelmeerraum bietet eine neue politische Dynamik, um diesen Prozess mit unseren südlichen Partnern im Rahmen eines weit reichenden Programms, u. a. in den Bereichen maritime Sicherheit, Energie, Wasser und Migration, weiterzuverfolgen. Einen wichtigen Teil wird die Behandlung von Sicherheitsbedrohungen wie dem Terrorismus bilden.

Mit einem beträchtlichen Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen sieht die Östliche Partnerschaft einen echten Wechsel in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn vor. Ziel ist es, Wohlstand und Stabilität in diesen Ländern und damit auch die Sicherheit der EU zu erhöhen. Die Vorschläge umfassen die unterschiedlichsten bilateralen und multilateralen Bereiche der Zusammenarbeit, darunter auch die Sicherheit der Energieversorgung und der Personenverkehr.

Dauerhafte Stabilität in unserer Nachbarschaft wird weitere Anstrengungen der EU gemeinsam mit den VN, der OSZE, den USA und Russland erfordern. Unsere Beziehungen zu Russland haben sich infolge des Konflikts mit Georgien verschlechtert. Die EU erwartet von Russland, dass es seinen Verpflichtungen in einer Weise nachkommt, die es ermöglicht, das notwendige Vertrauen wiederherzustellen. Unsere Partnerschaft sollte auf der Achtung gemeinsamer Werte, insbesondere der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, auf marktwirtschaftlichen Prinzipien sowie auf gemeinsamen Interessen und Zielen beruhen.

Es bedarf anhaltender Anstrengungen, um die Konflikte im Südkaukasus, in der Republik Moldau sowie zwischen Israel und den arabischen Staaten anzugehen. Hier wie auch in anderen Bereichen wird dem uneingeschränkten Engagement mit den VS zentrale Bedeutung zukommen. Auf jeden Fall müssen für eine dauerhafte Regelung alle

regionalen Akteure zusammengeführt werden. Länder wie die Türkei, Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Katar haben eine immer wichtigere Rolle in der Region gespielt, was für Iran hingegen nicht zutrifft. Eine besondere Gelegenheit bietet sich für die Zusammenarbeit mit der Türkei, nicht zuletzt auch über die Allianz der Zivilisationen.

C. Partnerschaften für einen wirksamen Multilateralismus

In der ESS wird Europa aufgerufen, zu einer wirksameren multilateralen Weltordnung beizutragen. Seit 2003 haben wir unsere Partnerschaften im Sinne dieses Ziels verstärkt. Der wichtigste Partner für Europa in diesem und in anderen Bereichen sind die USA. Wo immer sie zusammengearbeitet haben, waren die EU und die USA eindrucksvolle Streiter für das Gute in der Welt.

Die Vereinten Nationen stehen an der Spitze des internationalen Systems. Alles, was die EU im Bereich der Sicherheit unternommen hat, war mit den Zielen der Vereinten Nationen verknüpft. Die EU arbeitet in wichtigen Einsatzgebieten, einschließlich Kosovo, Afghanistan, Demokratische Republik Kongo, Sudan/Darfur, Tschad und Somalia eng mit den Vereinten Nationen zusammen und hat ihre institutionellen Verbindungen im Einklang mit der Gemeinsamen EU/VN-Erklärung von 2007 verbessert. Wir unterstützen alle 16 laufenden Friedensoperationen der Vereinten Nationen.

Die EU und die NATO haben vor Ort in den Balkanstaaten und in Afghanistan gut zusammengearbeitet, auch wenn keine Fortschritte in den formellen Beziehungen erreicht werden konnten. Wir müssen diese strategische Partnerschaft im Dienste unserer gemeinsamen Sicherheitsinteressen ausbauen, indem wir die operative Zusammenarbeit bei uneingeschränkter Achtung der Entscheidungsautonomie jeder einzelnen Organisation verbessern und die Arbeit hinsichtlich der militärischen Fähigkeiten fortsetzen. Seit 2003 haben wir unsere Beziehungen zur OSZE, insbesondere in Georgien und im Kosovo, vertieft.

Wir haben unsere Beziehungen zu China erheblich ausgebaut. Zu Kanada und Japan bestehen seit langem enge Beziehungen. Russland ist nach wie vor ein wichtiger Partner in globalen Fragen. Unsere Beziehungen zu Indien sind noch ausbaufähig. Die Beziehungen zu anderen Partnern wie Brasilien, Südafrika und — innerhalb Europas — Norwegen und der Schweiz haben sich seit 2003 beachtlich entwickelt.

Die EU arbeitet mit regionalen Organisationen, insbesondere mit der Afrikanischen Union, enger zusammen. Durch die Gemeinsame Strategie Afrika-EU unterstützen wir den Ausbau der afrikanischen Kapazitäten

im Bereich des Krisenmanagements, einschließlich regionaler Bereitschaftstruppen und eines Frühwarnsystems. Wir haben die Verbindungen zu unseren zentralasiatischen Partnern durch die 2007 angenommene Strategie vertieft, die einen intensiveren politischen Dialog und Maßnahmen in Bereichen wie Wasser, Energie, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit umfasst. Außerdem hat die EU ihren Dialog mit dem ASEAN über regionale Fragen wie Birma sowie ihren Dialog mit der SAARC und Lateinamerika verstärkt. Aufgrund unserer Erfahrungen kommt der EU eine besondere Rolle bei der Förderung regionaler Integration zu. Wenn andere sich bemühen, unserem Beispiel ihren eigenen Verhältnissen entsprechend zu folgen, sollten wir sie dabei unterstützen.

Das internationale System, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffen wurde, ist Druck an mehreren Fronten ausgesetzt. Die Vertretung in den internationalen Institutionen wird in Frage gestellt. Es ist erforderlich, die Legitimität und Wirksamkeit zu verbessern und die Beschlussfassung in multilateralen Foren effizienter zu gestalten. Das bedeutet, Beschlüsse müssen verstärkt gemeinsam gefasst werden und anderen muss eine größere Teilhabe ermöglicht werden. Angesichts gemeinsamer Probleme gibt es keine Alternative zu gemeinsamen Lösungen.



*„EU Navfor
Somalia — Operation
Atalanta“ soll Schiffe
gegen Seeräuberei
und bewaffnete
Raubüberfälle schützen*

Zu den Schlüsselprioritäten zählen der Klimawandel und der Abschluss der Doha-Runde der WTO. Die EU leitet die Verhandlungen über ein neues internationales Übereinkommen über den Klimawandel und muss alle Hebel in Bewegung setzen, um 2009 in Kopenhagen ein anspruchsvolles Ergebnis zu erreichen. Wir sollten die 2005 eingeleitete Reform des VN-Systems fortführen und die maßgebliche Rolle des Sicherheitsrates und seine Hauptverantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt bewahren. Neben umfassenderen Bemühungen der EU um die Stärkung der internationalen Strafrechtspflege und der Menschenrechte müsste die Effizienz des Internationalen Strafgerichtshofs weiter erhöht werden. Wir müssen den IWF und andere Finanzinstitutionen so gestalten, dass sie die Realitäten der Gegenwart widerspiegeln. Die G-8 sollte umgestaltet werden. Außerdem müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele fortsetzen.

Hierbei handelt es sich um Querschnittsfragen, die sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik betreffen. Tatsächlich veranschaulichen sie, in welchem Maße Souveränität Verantwortung mit sich bringt — im 21. Jahrhundert mehr denn je zuvor. Unter Achtung der zentralen Menschenrechte sollte die EU die auf dem VN-Weltgipfel 2005 erzielte Übereinkunft, dass wir die gemeinsame Verantwortung für den Schutz der Völker vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen, weiter voranbringen.

Es ist von grundlegender Bedeutung, die Unterstützung der Öffentlichkeit für unser globales Engagement zu bewahren. In modernen Demokratien, in denen die Medien und die öffentliche Meinung von maßgeblicher Bedeutung für die Politikgestaltung sind, ist das Engagement der Bevölkerung entscheidend, um unseren Verpflichtungen im Ausland weiter nachzukommen. Wir entsenden Polizisten, Rechtsexperten und Soldaten in instabile Gebiete auf der ganzen Welt. Die Regierungen, die Parlamente und die EU-Organe haben die Pflicht, nachzuweisen, wie dies zu unserer eigenen Sicherheit beiträgt.

Vor fünf Jahren hat die ESS skizziert, wie die EU eine Triebkraft für eine gerechtere, sicherere und geeintere Welt werden könnte. Wir sind dem ein großes Stück näher gekommen. Aber die Welt um uns herum wandelt sich schnell, neue Bedrohungen entstehen und Machtverhältnisse wechseln. Um ein sicheres Europa in einer besseren Welt aufzubauen, müssen wir mehr Einfluss auf das Geschehen nehmen. Und zwar jetzt gleich.

EIN SICHERES EUROPA IN EINER BESSEREN WELT

Europäische Sicherheitsstrategie Brüssel, den 12. Dezember 2003

Einleitung

Nie zuvor ist Europa so wohlhabend, so sicher und so frei gewesen. Die Gewalt der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist einer in der europäischen Geschichte beispiellosen Periode des Friedens und der Stabilität gewichen.

Die Schaffung der Europäischen Union steht im Mittelpunkt dieser Entwicklung. Sie hat die Beziehungen zwischen unseren Ländern und das Leben unserer Bürger verändert. Die europäischen Staaten haben sich verpflichtet, Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen und in gemeinsamen Institutionen zusammenzuarbeiten. Im Laufe der Zeit haben sich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mehr und mehr durchgesetzt, und aus autoritären Regimen wurden sichere, gefestigte und dynamische Demokratien. Die aufeinander folgenden Erweiterungen lassen die Vision eines geeinten und friedlichen Kontinents Realität werden.

Die Vereinigten Staaten haben — insbesondere im Rahmen der NATO — einen entscheidenden Beitrag zum europäischen Einigungsprozess und zur Sicherheit Europas geleistet. Seit dem Ende des Kalten Krieges sind die Vereinigten Staaten der dominierende militärische Akteur. Gleichwohl ist kein Land in der Lage, die komplexen Probleme der heutigen Zeit im Alleingang zu lösen.

Was die Sicherheit Europas angeht, so gibt es nach wie vor Bedrohungen und Herausforderungen. Der Ausbruch des Konflikts auf dem Balkan hat uns wieder vor Augen geführt, dass der Krieg nicht von unserem Kontinent verschwunden ist. Im letzten Jahrzehnt ist keine Region der Welt von bewaffneten Konflikten verschont geblieben. In den meisten Fällen waren diese Konflikte eher innerstaatlicher als zwischenstaatlicher Natur, und die meisten Opfer waren Zivilisten.

Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttonationalprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union, der zudem ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung steht, zwangsläufig ein globaler Akteur. Im vergangenen Jahrzehnt sind europäische Streitkräfte in so entfernten Ländern wie Afghanistan, Osttimor und der Demokratischen Republik Kongo eingesetzt worden. Die zunehmende Konvergenz europäischer Interessen und die Stärkung der gegenseitigen Solidarität haben die EU zu einem glaubwürdigeren und handlungsstarken Akteur werden lassen. Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.

*EU-Beobachter
im Gespräch mit
Binnenvertriebenen in
einem Auffanglager
in Georgien*



I. Das Sicherheitsumfeld: globale Herausforderungen und Hauptbedrohungen

Globale Herausforderungen

Durch die zunehmende Öffnung der Grenzen seit dem Ende des Kalten Krieges ist ein Umfeld entstanden, in dem interne und externe Sicherheitsaspekte nicht mehr voneinander zu trennen sind. Die Handels- und Investitionsströme, die technologische Entwicklung und die Verbreitung der Demokratie haben vielen Menschen Freiheit und Wohlstand gebracht. Aus der Sicht anderer jedoch steht die Globalisierung für Frustration und Ungerechtigkeit. Diese Entwicklungen haben auch für nichtstaatliche Gruppen mehr Spielraum für eine Mitwirkung am internationalen Geschehen entstehen lassen. Und sie haben die Abhängigkeit Europas — und somit auch seine Anfälligkeit — von vernetzten Infrastrukturen unter anderem in den Bereichen Verkehr, Energie und Information erhöht.

Seit 1990 sind fast vier Millionen Menschen — zu 90 % Zivilisten — in Kriegen ums Leben gekommen. Weltweit haben über 18 Millionen Menschen wegen eines Konflikts ihr Heim verlassen.

In weiten Teilen der Dritten Welt rufen Armut und Krankheiten unsägliches Leid wie auch dringende Sicherheitsprobleme hervor. Fast drei Milliarden Menschen und damit die Hälfte der Weltbevölkerung müssen mit weniger als zwei Euro pro Tag auskommen. Jedes Jahr sterben 45 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. Aids hat sich zur verheerendsten Epidemie der Menschheitsgeschichte entwickelt und ist Ursache für den Zusammenbruch ganzer Gesellschaften. Neue Krankheiten können sich rasch ausbreiten und zu einer globalen Bedrohung werden. Die Armut im südlich der Sahara gelegenen Teil Afrikas ist heute größer als vor zehn Jahren. In vielen Fällen ist wirtschaftliches Versagen mit politischen Problemen und Gewaltkonflikten verknüpft.

Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung. Konflikte zerstören nicht nur Infrastrukturen (einschließlich der sozialen), sondern fördern auch Kriminalität, schrecken Investoren ab und verhindern ein normales Wirtschaftsleben. Eine Reihe von Ländern und Regionen bewegt sich in einem Teufelskreis von Konflikten, Unsicherheit und Armut.

Der Wettstreit um Naturressourcen — insbesondere um Wasser —, der sich durch die globale Erwärmung in den nächsten Jahrzehnten noch steigern wird, dürfte in verschiedenen Regionen der Welt für weitere Turbulenzen und Migrationsbewegungen sorgen.

Die Energieabhängigkeit gibt Europa in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis. Europa ist der größte Erdöl- und Erdgasimporteur der Welt. Unser derzeitiger Energieverbrauch wird zu 50 % durch Einfuhren gedeckt. Im Jahr 2030 wird dieser Anteil 70 % erreicht haben. Die Energieeinfuhren stammen zum größten Teil aus der Golfregion, aus Russland und aus Nordafrika.

Hauptbedrohungen

Größere Angriffe gegen Mitgliedstaaten sind nunmehr unwahrscheinlich geworden. Dafür ist Europa mit neuen Bedrohungen konfrontiert, die verschiedenartiger, weniger sichtbar und weniger vorhersehbar sind.

Terrorismus: Terrorismus gefährdet Menschenleben, verursacht hohe Kosten, sucht die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaften zu untergraben und stellt eine zunehmende strategische Bedrohung für Gesamteuropa dar. Terroristische Bewegungen sind in wachsendem Maße gut ausgestattet, elektronisch vernetzt und gewillt, unbegrenzt Gewalt anzuwenden, um in großem Maßstab Menschen zu töten.

Die jüngste Terroriswelle ist globalen Ausmaßes und mit gewalttätigem religiösem Extremismus verbunden. Die Ursachen für diese Entwicklung sind komplex. Dazu gehören der Modernisierungsdruck, kulturelle, soziale und politische Krisen sowie die Entfremdung der in fremden Gesellschaften lebenden jungen Menschen. Dieses Phänomen tritt auch in unserer eigenen Gesellschaft zutage.

Europa ist sowohl Ziel als auch Stützpunkt dieses Terrorismus: Europäische Länder waren und sind Anschlagziele. Logistische Stützpunkte von Al-Qaida-Zellen wurden im Vereinigten Königreich sowie in Italien, Deutschland, Spanien und Belgien entdeckt. An einer konzertierten Aktion Europas führt kein Weg vorbei.

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (MVW) stellt die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit dar. Die internationalen Verträge und Ausfuhrkontrollregelungen haben die Verbreitung von MVW und ihrer Trägersysteme verlangsamt. Nun jedoch stehen wir am Anfang eines neuen und gefährlichen Zeitabschnitts, in dem es möglicherweise — insbesondere im Nahen Osten — zu einem MVW-Wettrüsten kommt. Fortschritte im Bereich der biologischen Wissenschaften können die Wirkung von biologischen Waffen in den kommenden Jahren verstärken; auch Anschläge mit chemischen Stoffen und radiologischem Material sind eine ernst zu nehmende Gefahr. Die Verbreitung von Raketentechnologie sorgt für zusätzliche Instabilität und könnte Europa zunehmender Gefahr aussetzen.

Am erschreckendsten ist der Gedanke, dass terroristische Gruppierungen in den Besitz von Massenvernichtungswaffen gelangen. Sollte dies eintreten, wäre eine kleine Gruppe in der Lage, einen Schaden anzurichten, der eine Größenordnung erreicht, die bislang nur für Staaten und Armeen vorstellbar war.

Regionale Konflikte: Probleme, wie sie sich in Kaschmir, in der Region der Großen Seen und auf der koreanischen Halbinsel stellen, haben ebenso direkte und indirekte Auswirkungen auf europäische Interessen wie näher gelegene Konfliktherde, vor allem im Nahen Osten. Gewalttätige oder festgefahrene Konflikte, wie sie auch an unseren Grenzen andauern, stellen eine Bedrohung für die regionale Stabilität dar. Sie zerstören Menschenleben wie auch soziale und physische Infrastrukturen, bedrohen Minderheiten und untergraben die Grundfreiheiten und Menschenrechte. Diese Konflikte können Extremismus, Terrorismus und den Zusammenbruch von Staaten hervorrufen und leisten der organisierten Kriminalität Vorschub. Regionale Unsicherheit kann die Nachfrage nach Massenvernichtungswaffen schüren. Um den häufig schwer zu definierenden neuen Bedrohungen zu begegnen, ist es bisweilen das Nächstliegende, den länger zurückliegenden regionalen Konflikten auf den Grund zu gehen.

Scheitern von Staaten: Schlechte Staatsführung, d. h. Korruption, Machtmissbrauch, schwache Institutionen und mangelnde Rechenschaftspflicht sowie zivile Konflikte zersetzen Staaten von innen heraus. In einigen Fällen hat dies zu einem Zusammenbruch der staatlichen Institutionen geführt. Somalia, Liberia und Afghanistan unter den Taliban sind die bekanntesten Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit. Das Scheitern eines Staates kann auf offensichtliche Bedrohungen, wie organisierte Kriminalität oder Terrorismus, zurückzuführen sein und ist

ein alarmierendes Phänomen, das die globale Politikgestaltung untergräbt und die regionale Instabilität vergrößert.

Organisierte Kriminalität: Europa ist ein primäres Ziel für organisierte Kriminalität. Diese interne Bedrohung für unsere Sicherheit hat auch eine wichtige externe Dimension: Der grenzüberschreitende Handel mit Drogen, Frauen, illegalen Einwanderern und Waffen machen einen wichtigen Teil der Machenschaften krimineller Banden aus, und bisweilen bestehen Verbindungen zu terroristischen Bewegungen.

Diese Formen der Kriminalität hängen oft mit der Schwäche oder dem Versagen des Staates zusammen. In einigen drogenproduzierenden Ländern hat sich die Schwächung der staatlichen Strukturen unter dem Einfluss der Drogengelder beschleunigt. Einkünfte aus dem Handel mit Edelsteinen, Holz und Kleinwaffen schüren Konflikte in anderen Teilen der Welt. All diese Tätigkeiten untergraben sowohl die Rechtsstaatlichkeit als auch die soziale Ordnung als solche. In Extremfällen kann das organisierte Verbrechen einen Staat beherrschen. 90 % des Heroins in Europa stammt von Mohn aus Afghanistan, wo vom Drogenhandel Privatarmeen unterhalten werden. Der Drogenvertrieb findet überwiegend über kriminelle Netze auf dem Balkan statt, auf deren Konto auch 200 000 der weltweit 700 000 Fälle von Frauenhandel gehen. Eine neue Dimension der organisierten Kriminalität, der in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu schenken sein wird, ist die um sich greifende Seeräuberei.

Bei einer Summierung dieser verschiedenen Elemente — extrem gewaltbereite Terroristen, Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen, organisierte Kriminalität, Schwächung staatlicher Systeme und Privatisierung der Gewalt — ist es durchaus vorstellbar, dass Europa einer sehr ernststen Bedrohung ausgesetzt sein könnte.

II. Strategische Ziele

Wir leben in einer Welt, die bessere Zukunftschancen bietet, uns gleichzeitig aber auch größeren Bedrohungen aussetzt, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Die Zukunft hängt zum Teil auch von unserem Handeln ab. Wir müssen zugleich global denken und lokal handeln. Um ihre Sicherheit zu verteidigen und ihre Werte zur Geltung zu bringen, verfolgt die EU drei strategische Ziele:

Abwehr von Bedrohungen

Die Europäische Union ist bereits aktiv gegen die wichtigsten Bedrohungen vorgegangen.

- ✦ Die EU hat auf die Anschläge vom 11. September 2001 mit einem Maßnahmenpaket reagiert, das die Einführung eines Europäischen Haftbefehls, Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzierung von terroristischen Gruppierungen und ein Rechtshilfeabkommen mit den Vereinigten Staaten umfasst. Sie ist weiterhin um eine stärkere Zusammenarbeit in diesem Bereich und verbesserten Schutz bemüht.
- ✦ Die EU verfolgt schon seit vielen Jahren eine Nichtverbreitungspolitik. Sie hat unlängst ein weiteres Aktionsprogramm verabschiedet, das Maßnahmen zur Stärkung der Internationalen Atomenergie-Organisation, zur Verschärfung der Ausfuhrkontrollen und zur Bekämpfung illegaler Lieferungen und der illegalen Beschaffung vorsieht. Die EU tritt für die weltweite Befolgung der multilateralen Vertragsregelungen sowie für eine Verschärfung der Verträge und ihrer Kontrollbestimmungen ein.
- ✦ Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben Unterstützung zur Beilegung von regionalen Konflikten geleistet und zusammengebrochenen Staaten wieder auf die Beine geholfen, unter anderem auf dem Balkan, in Afghanistan und

in der Demokratischen Republik Kongo. Indem die EU auf dem Balkan auf die Wiederherstellung der verantwortungsvollen Staatsführung und die Förderung der Demokratie hinwirkt und die dortigen Behörden in die Lage versetzt, gegen die organisierte Kriminalität vorzugehen, wird in wirksamster Weise zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität in der EU selbst beigetragen.

Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. Nukleare Tätigkeiten in Nordkorea, nukleare Risiken in Südasiens und Proliferation im Nahen Osten sind allesamt ein Grund zur Besorgnis für Europa.

Terroristen und Kriminelle sind nunmehr in der Lage, weltweit zu operieren: Ihre Aktivitäten in Mittel- oder Südostasien können eine Bedrohung für die europäischen Länder oder ihre Bürger darstellen. Zugleich hat die globale Kommunikation regionale Konflikte und humanitäre Tragödien — wo auch immer sie sich ereignen — stärker in das Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit gerückt.

Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. Die Proliferationsrisiken nehmen immer mehr zu; ohne Gegenmaßnahmen werden terroristische Netze immer gefährlicher. Staatlicher Zusammenbruch und organisierte Kriminalität breiten sich aus, wenn ihnen nicht entgegengewirkt wird — wie in Westafrika zu sehen war. Daher müssen wir bereit sein, vor Ausbruch einer Krise zu handeln. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.

Im Gegensatz zu der massiv erkennbaren Bedrohung zur Zeit des Kalten Krieges ist keine der neuen Bedrohungen rein militärischer Natur und kann auch nicht mit rein militärischen Mitteln bewältigt werden. Jede dieser Bedrohungen erfordert eine Kombination von Instrumenten. Die Proliferation kann durch Ausfuhrkontrollen eingedämmt und mit politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Druckmitteln bekämpft werden, während gleichzeitig auch die tieferen politischen Ursachen angegangen werden. Zur Bekämpfung des Terrorismus kann eine Kombination aus Aufklärungsarbeit sowie polizeilichen, justiziellen, militärischen und sonstigen Mitteln erforderlich sein. In gescheiterten Staaten können militärische Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung und humanitäre Mittel zur Bewältigung der Notsituation erforderlich sein.

Regionale Konflikte bedürfen politischer Lösungen, in der Zeit nach Beilegung des Konflikts können aber auch militärische Mittel und eine wirksame Polizeiarbeit vonnöten sein. Wirtschaftliche Instrumente dienen dem Wiederaufbau, und ziviles Krisenmanagement trägt zum Wiederaufbau einer zivilen Regierung bei. Die Europäische Union ist besonders gut gerüstet, um auf solche komplexen Situationen zu reagieren.

Stärkung der Sicherheit in unserer Nachbarschaft

Selbst im Zeitalter der Globalisierung spielen die geografischen Aspekte noch immer eine wichtige Rolle. Es liegt im Interesse Europas, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. Nachbarländer, die in gewaltsame Konflikte verstrickt sind, schwache Staaten, in denen organisierte Kriminalität gedeiht, zerrüttete Gesellschaften oder explosionsartig wachsende Bevölkerungen in Grenzregionen sind für Europa allemal Probleme. Die Integration der beitretenden Staaten erhöht zwar unsere Sicherheit, bringt die EU aber auch in größere Nähe zu Krisengebieten. Wir müssen darauf hinarbeiten, dass östlich der Europäischen Union und an den Mittelmeergrenzen ein Ring verantwortungsvoll regierter Staaten entsteht, mit denen wir enge, auf Zusammenarbeit gegründete Beziehungen pflegen können.

Wie wichtig dies ist, lässt sich am besten anhand des Balkans verdeutlichen. Dank der gemeinsamen Anstrengungen der EU, der Vereinigten Staaten, Russlands, der NATO und anderer internationaler Partner ist die Stabilität der Region nun nicht mehr durch den Ausbruch eines größeren Konflikts bedroht. Die Glaubwürdigkeit unserer Außenpolitik hängt von der Konsolidierung der in dieser Region erzielten Erfolge ab. Die europäische Perspektive ist ein strategisches Ziel und zugleich ein Anreiz für Reformen.

Es liegt nicht in unserem Interesse, dass durch die Erweiterung neue Trennungslinien in Europa entstehen. Wir müssen die Vorteile wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit auf unsere östlichen Nachbarn ausweiten und uns zugleich mit den politischen Problemen dieser Länder befassen. Wir müssen nun ein stärkeres und aktiveres Interesse für die Probleme im Südkaukasus aufbringen, der einmal ebenfalls eine Nachbarregion sein wird.

Die Lösung des israelisch-arabischen Konflikts ist für Europa eine strategische Priorität. Andernfalls bestehen geringe Aussichten, die anderen Probleme im Nahen Osten anzugehen. Die Europäische Union muss ihr Engagement aufrechterhalten und weiterhin bereit sein, bis zur Lösung des Problems Kräfte und Mittel zu investieren. Die Zweistaatenlösung, für die Europa seit langem eintritt, findet inzwischen breite Zustimmung. Die Durchsetzung dieser Lösung wird geeinte und kooperative Anstrengungen seitens der Europäischen Union, der Vereinigten Staaten, der Vereinten Nationen, Russlands und der Länder der Region, allen voran jedoch seitens der Israelis und der Palästinenser selbst erfordern.

Der Mittelmeerraum ist generell weiterhin mit ernsthaften Problemen wirtschaftlicher Stagnation, sozialer Unruhen und ungelöster Konflikte konfrontiert. Es liegt im Interesse der Europäischen Union, den Mittelmeerpartnern durch effizientere Gestaltung der wirtschafts-, sicherheits- und kulturpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Barcelona-Prozesses weiter beizustehen. Ferner muss eine stärkeres Engagement gegenüber der arabischen Welt ins Auge gefasst werden.

Eine Weltordnung auf der Grundlage eines wirksamen Multilateralismus

In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängen unsere Sicherheit und unser Wohlstand immer mehr von einem wirksamen multilateralen System ab. Daher ist es unser Ziel, eine stärkere Weltgemeinschaft, gut funktionierende internationale Institutionen und eine geregelte Weltordnung zu schaffen.

Wir sind der Wahrung und Weiterentwicklung des Völkerrechts verpflichtet. Die Charta der Vereinten Nationen bildet den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen. Dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen obliegt die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Die Stärkung der Vereinten Nationen und ihre Ausstattung mit den zur Erfüllung ihrer Aufgaben und für ein effizientes Handeln erforderlichen Mitteln ist für Europa ein vorrangiges Ziel.

Wir wollen, dass die internationalen Organisationen, Regelungen und Verträge Gefahren für den Frieden und die Sicherheit in der Welt wirksam abwenden, und müssen daher bereit sein, bei Verstößen gegen ihre Regeln zu handeln.

Schlüsselinstitutionen des internationalen Systems, wie beispielsweise die Welthandelsorganisation (WTO) und die internationalen Finanzinstitutionen, haben mehr Mitglieder aufgenommen. China ist der WTO beigetreten, und über den Beitritt Russlands wird verhandelt. Wir müssen uns darum bemühen, die Mitgliedschaft solcher Einrichtungen unter Aufrechterhaltung ihrer hohen Standards auszuweiten.

Die transatlantischen Beziehungen zählen zu den tragenden Elementen des internationalen Systems. Dies ist nicht nur im beiderseitigen Interesse, sondern stärkt auch die internationale Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit. Die NATO ist ein besonderer Ausdruck dieser Beziehungen.

Regionale Organisationen stärken ebenfalls die verantwortungsvolle Staatsführung weltweit. Für die Europäische Union sind Stärke und Wirkungskraft der OSZE und des Europarates von besonderer Bedeutung. Andere regionale Organisationen wie ASEAN, Mercosur und die Afrikanische Union leisten einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Weltordnung.

Es ist eine Bedingung für eine geregelte Weltordnung, dass das Recht mit Entwicklungen wie Proliferation, Terrorismus und globaler Erwärmung Schritt hält. Wir haben ein Interesse daran, bestehende Institutionen wie die Welthandelsorganisation weiter auszubauen und neue Einrichtungen wie den Internationalen Strafgerichtshof zu unterstützen. Unsere eigene Erfahrung in Europa hat gezeigt, dass Sicherheit durch Vertrauensbildung und Rüstungskontrollregelungen gesteigert werden kann. Diese Instrumente können auch einen wichtigen Beitrag zu Sicherheit und Stabilität in unserer Nachbarschaft und darüber hinaus leisten.

Die Qualität der Staatengemeinschaft hängt von der Qualität der sie tragenden Regierungen ab. Der beste Schutz für unsere Sicherheit ist eine Welt verantwortungsvoll geführter demokratischer Staaten. Die geeignetsten Mittel zur Stärkung der Weltordnung sind die Verbreitung einer verantwortungsvollen Staatsführung, die Unterstützung von sozialen und politischen Reformen, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Einführung von Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte.

Handelspolitik und Entwicklungspolitik können wirkungsvolle Instrumente zur Förderung von Reformen sein. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind als weltweit größter öffentlicher Hilfegeber und größte Handelsmacht bestens in der Lage, diese Ziele zu verfolgen.

Die Förderung einer besseren Staatsführung durch Hilfsprogramme, Konditionalität und gezielte handelspolitische Maßnahmen bleibt eine wichtige Komponente unserer Politik, die wir noch weiter verstärken müssen. Eine Welt, die als ein Ort der Gerechtigkeit und der Chancen für alle wahrgenommen wird, ist sicherer für die Europäische Union und ihre Bürger.

Eine Reihe von Staaten hat sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt. Einige haben sich isoliert, andere verstoßen beharrlich gegen die internationalen Normen. Es ist zu wünschen, dass diese Staaten zur internationalen Gemeinschaft zurückfinden, und die EU sollte bereit sein, sie dabei zu unterstützen. Denen, die zu dieser Umkehr nicht bereit sind, sollte klar sein, dass sie dafür einen Preis bezahlen müssen, auch was ihre Beziehungen zur Europäischen Union anbelangt.



Der Hohe Vertreter der EU Javier Solana, die amerikanische Außenministerin Hillary Rodham Clinton, der tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg und das für Außenbeziehungen zuständige Mitglied der Europäischen Kommission Benita Ferrero-Waldner auf der Pressekonferenz im Anschluss an das unter dem tschechischen EU-Vorsitz veranstaltete EU-US-Ministertreffen

III. Auswirkungen auf die europäische Politik

Die Europäische Union hat Fortschritte auf dem Weg zu einer kohärenten Außenpolitik und einer wirksamen Krisenbewältigung erzielt. Wir verfügen inzwischen über Instrumente, die wirksam eingesetzt werden können, wie wir in der Balkanregion und anderswo bewiesen haben. Wenn wir aber einen unserem Potenzial entsprechenden Beitrag leisten wollen, dann müssen wir noch aktiver, kohärenter und handlungsfähiger sein. Und wir müssen mit anderen zusammenarbeiten.

Aktiver bei der Verfolgung unserer strategischen Ziele. Dies gilt für die gesamte Palette der uns zur Verfügung stehenden Instrumente der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung, einschließlich unserer Maßnahmen im politischen, diplomatischen, militärischen und zivilen, handels- und entwicklungspolitischen Bereich. Es bedarf einer aktiveren Politik, um den neuen, ständig wechselnden Bedrohungen entgegenzuwirken. Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.

Als eine Union mit 27 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. EUR für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können. Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.

Die EU muss die Vereinten Nationen in ihrem Kampf gegen Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit in der Welt unterstützen. Die EU fühlt sich verpflichtet zu einer intensiveren Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen bei der Hilfe für Länder, die Konflikte hinter sich haben, und zu verstärkter Unterstützung der Vereinten Nationen bei kurzfristigen Krisenbewältigungseinsätzen.

Wir müssen fähig sein zu handeln, bevor sich die Lage in Nachbarländern verschlechtert, wenn es Anzeichen für Proliferation gibt und bevor es zu humanitären Krisen kommt. Durch präventives Engagement können schwierigere Probleme in der Zukunft vermieden werden. Eine Europäische Union, die größere Verantwortung übernimmt und sich aktiver einbringt, wird größeres politisches Gewicht besitzen.

Mehr Handlungsfähigkeit. Ein handlungsfähigeres Europa liegt in greifbarer Nähe, obwohl es Zeit brauchen wird, um unser gesamtes Potenzial zu entfalten. Die laufenden Maßnahmen — vor allem die Einrichtung einer Rüstungsagentur — führen uns in die richtige Richtung.

Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.

Durch einen systematischen Rückgriff auf zusammengelegte und gemeinsam genutzte Mittel könnten Duplizierungen verringert, die Gemeinkosten gesenkt und mittelfristig die Fähigkeiten ausgebaut werden.

Bei nahezu allen größeren Einsätzen ist auf militärische Effizienz ziviles Chaos gefolgt. Wir brauchen eine verstärkte Fähigkeit, damit alle notwendigen zivilen Mittel in und nach Krisen zum Tragen kommen.

Verstärkte diplomatische Fähigkeiten: Wir brauchen ein System, das die Ressourcen der Mitgliedstaaten mit denen der EU-Organe verbindet. Der Umgang mit Problemen, die weiter entfernt und uns fremder sind, erfordert besseres Verständnis und bessere Kommunikation.

Gemeinsame Bedrohungsanalysen sind die beste Grundlage für gemeinsame Maßnahmen. Dies erfordert einen besseren Austausch von Erkenntnissen zwischen den Mitgliedstaaten und mit den Partnerländern.

Mit dem Ausbau der Fähigkeiten in den verschiedenen Bereichen sollten wir an ein breiteres Spektrum von Missionen denken. Hierzu könnten gemeinsame Operationen zur Entwaffnung von Konfliktparteien, die Unterstützung von Drittländern bei der Terrorismusbekämpfung und eine Reform des Sicherheitsbereichs zählen. Der letztgenannte Punkt wäre Teil eines umfassenderen Aufbaus von staatlichen Institutionen.

Die Dauervereinbarungen zwischen der EU und der NATO, insbesondere die Berlin-Plus-Vereinbarung, verbessern die Einsatzfähigkeit der EU und bilden den Rahmen für die strategische Partnerschaft zwischen beiden Organisationen bei der Krisenbewältigung. Dies spiegelt unsere gemeinsame Entschlossenheit wider, die Herausforderungen des neuen Jahrhunderts anzugehen.

Mehr Kohärenz. Entscheidend bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist, dass wir stärker sind, wenn wir gemeinsam handeln. Über die letzten Jahre haben wir eine Reihe verschiedener Instrumente mit jeweils eigener Struktur und Logik geschaffen.

Die Herausforderung besteht nun darin, die verschiedenen Instrumente und Fähigkeiten, darunter die europäischen Hilfsprogramme und den Europäischen Entwicklungsfonds, die militärischen und zivilen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten und andere Instrumente zu bündeln. All diese Instrumente und Fähigkeiten können Auswirkungen auf unsere Sicherheit und die Sicherheit von Drittländern haben. Sicherheit ist die wichtigste Voraussetzung für Entwicklung.

Die diplomatischen Bemühungen sowie die Entwicklungs-, die Handels- und die Umweltpolitik müssen derselben Agenda folgen. In einer Krise ist eine einheitliche Führung durch nichts zu ersetzen.

Eine bessere Abstimmung zwischen dem außenpolitischen Handeln und der Justiz- und Innenpolitik ist von entscheidender Bedeutung bei der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität.

Einer stärkeren Kohärenz bedarf es nicht nur zwischen den EU-Instrumenten, sondern auch in Bezug auf das außenpolitische Handeln der einzelnen Mitgliedstaaten.

Eine kohärente Politik ist auch auf regionaler Ebene gefragt, besonders im Umgang mit Konflikten. Probleme lassen sich selten für ein Land allein und ohne regionale Unterstützung lösen, wie die Erfahrung sowohl auf dem Balkan als auch in Westafrika lehrt.

Zusammenarbeit mit den Partnern. Es gibt wohl kaum ein Problem, das wir allein bewältigen können. Bei den oben beschriebenen Bedrohungen handelt es sich um gemeinsame Bedrohungen, die auch alle unsere engsten Partner betreffen. Internationale Zusammenarbeit ist eine Notwendigkeit. Wir müssen unsere Ziele sowohl im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen als auch durch Partnerschaften mit wichtigen Akteuren verfolgen.

Die transatlantischen Beziehungen sind unersetzlich. In gemeinsamem Handeln können die Europäische Union und die Vereinigten Staaten eine mächtige Kraft zum Wohl der Welt sein. Unser Ziel sollte eine wirkungsvolle, ausgewogene Partnerschaft mit den USA sein. Dies ist ein weiterer Grund, warum die EU ihre Fähigkeiten weiter ausbauen und ihre Kohärenz verstärken muss.

Wir müssen uns weiter um engere Beziehungen zu Russland bemühen, das einen wichtigen Faktor für unsere Sicherheit und unseren Wohlstand bildet. Die Verfolgung gemeinsamer Werte wird die Fortschritte auf dem Weg zu einer strategischen Partnerschaft bestärken.

Wir haben historische, geografische und kulturelle Bande mit jedem Teil dieser Welt, mit unseren Nachbarn im Nahen Osten, unseren Partnern in Afrika, in Lateinamerika und in Asien. Diese Beziehungen sind ein wichtiges Fundament. Insbesondere müssen wir danach streben, strategische Partnerschaften mit Japan, China, Kanada und Indien sowie mit all jenen zu entwickeln, die unsere Ziele und Werte teilen und bereit sind, sich dafür einzusetzen.

Fazit

Wir leben in einer Welt mit neuen Gefahren, aber auch mit neuen Chancen. Die Europäische Union besitzt das Potenzial, einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Bedrohungen wie auch zur Nutzung der Chancen zu leisten. Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker geeint ist.



Rat der Europäischen Union

**EUROPÄISCHE SICHERHEITSSTRATEGIE —
EIN SICHERES EUROPA IN EINER BESSEREN WELT**

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union

2009 — 43 S. — 14,8 x 21,0 cm

ISBN 978-92-824-2418-6

doi: 10.2860/13005

QC-78-09-568-DE-C

Wo erhalte ich EU-Veröffentlichungen?

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- über die Buchhandlung mit Angabe des Titels, des Verlags und/oder der ISBN-Nummer;
- direkt über eine unserer Verkaufsstellen. Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://bookshop.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Kostenlose Veröffentlichungen:

- über den EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- bei den Vertretungen und Delegationen der Europäischen Kommission. Die Kontaktangaben erhalten Sie über die Internetadresse <http://ec.europa.eu> oder durch eine Anfrage per Fax unter der Nummer +352 2929-42758.

Rat der Europäischen Union
www.consilium.europa.eu



Amt für Veröffentlichungen

ISBN 978-92-824-2418-6



9 789282 424186